

ZAHL DES TAGES

2.600.000.000

Zur Linderung der größten Not in der Welt benötigen die Vereinten Nationen im kommenden Jahr etwa 3,8 Mrd. Dollar (2,6 Mrd. Euro). Davon sollen 25 Millionen Menschen in 24 Ländern profitieren. Die größte Summe (930 Mill. Dollar) ist für den Sudan bestimmt, 576 Mill. Dollar sollen in die Demokratische Republik Kongo fließen, 462 Mill. in die Palästinaergebiete und 406 Mill. nach Somalia. Norwegen leistete heuer, gerechnet nach dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt, mit 0,998 Prozent den größten Beitrag. An zweiter Stelle steht Schweden, gefolgt von Irland, den Niederlanden und Luxemburg. Der voluminmäßig größte Betrag kommt aus den USA, er beträgt eine Milliarde Dollar oder 0,012 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Geständnisse im AMIS-Prozess

Laut Staatsanwalt verloren Anleger 62 Millionen Euro durch strafbares Verhalten. Drei der vier Angeklagten bekannten sich des schweren Betrugs schuldig.

FRITZ PESSL

WIEN (SN). „Der Steuerzahler kann sich bei den unkollegialen Rechtsanwältinnen bedanken. 80 haben sich angemeldet und nicht einmal 30 sind da. Das verstehe ich wirklich nicht.“ Richterin Daniela Setz-Hummel ließ gleich zu Beginn des AMIS-Betrugsprozesses am Montag ihrem Ärger freien Lauf. Denn die Justiz hatte wegen des erwarteten Ansturms an Privatbeteiligtenvertretern und Gerichtskleibern extra einen Saal im Austria Center angemietet, der insgesamt 97.000 Euro Kosten verursacht. Da nur wenige der mehr als 16.000 Geschädigten erschienen waren und die meisten Anwälte unentschuldig fernblieben, hätte mit viel weniger Aufwand im Landesgericht verhandelt werden können.

Staatsanwalt Georg Krakow sprach in seiner Anklage von einer „komplexen Betrugsmechanik mit wohl durchdachten Mechanismen“. Die vier angeklagten ehemaligen Manager des Wiener Finanzdienstleistungsunternehmens hätten die Leichtgläubigkeit der Kunden

ausgenutzt und einen guten Teil des verlorenen Geldes für eigene Zwecke abgezweigt.

Die Angeklagten Dietmar Böhmer (37), Harald Loidl (48) und Thomas Mitter (35) legten umfassende Geständnisse ab, Alban Kuen (32) bekannte sich zum Teil schuldig. „Ich war damals furchtbar naiv und dumm“, sagte Böhmer bei seiner Einvernahme. Er erläuterte das „System AMIS“: Den Kunden sei versprochen worden, dass auf die Produkte kein Ausgabeaufschlag verlangt werde. Tatsächlich seien bei Sparverträgen 50% des einge-

zahlten Kapitals sofort als Provision einbehalten worden. Ein Teil davon sei den Managern zugeflossen – in Form von hohen Gehältern und Dienstautos. „Sie haben fünf Jahre lang gut gelebt“, sagte die Richterin. „Aber mit ständiger Angst im Nacken“, entgegnete Böhmer.

Um das „Pyramidensystem“ (Zitat Krakow) am Laufen zu halten und die Malversationen zu verschleiern, wurden immer neue Unternehmen in Liechtenstein, Florida oder auf den Cayman Islands mit ausgefallenen Namen wie „Red Lion“ oder „Lucy“ gegründet. „Die Na-

men für die Firmen waren mein kreativer Input“, betonte Böhmer. „Haben Sie einen Gründungswahn gehabt?“, wollte die Richterin wissen. „Die Verschachtelungen waren Ausfluss des Systems.“ In mehr als zehn Firmen sei er in Führungsfunktionen tätig gewesen. Ob er da noch den Überblick gehabt habe? „Manchmal war es nicht einfach.“ Er, Böhmer, habe sich bis zuletzt an den Strohalm geklammert, die Lücke doch noch schließen zu können. Daher habe er selbst bei AMIS Geld verlangt und verloren – wie auch seine Eltern und sein Bruder.



Auftakt im AMIS-Betrugsprozess: Harald Loidl mit seinem Anwalt Ernst Schillhammer, im Hintergrund Dietmar Böhmer. Bild: SWAPA

Großauftrag für Maschinenbauer Emco

SALZBURG (SN). Der Salzburger Maschinenbauer Emco hat einen Großauftrag an Land gezogen. Der Weltmarktführer für CNC-Ausbildungssysteme schloss mit der vietnamesischen Regierung einen Vertrag für die Lieferung von insgesamt 84 voll automatisierten CNC-Dreh- und Fräsmaschinen samt CAD/CAM-Lehrplätzen sowie entsprechender technischer Assistenz von Lehrkräften ab. Ausgerüstet werden die technischen Universitäten in Hanoi, Danang und Ho-Chi-Minh-Stadt (früher Saigon). „Das Projektvolumen beträgt 18 Millionen Euro und gibt uns hervorragende kommerzielle Perspektiven für das kommende Bilanzjahr“, freut sich EMCO-Geschäftsführer Gerhard Glanz. Emco ist Teil der A-TEC Industries AG und beschäftigt aktuell rund 950 Mitarbeiter an insgesamt sechs Produktionsstandorten in Österreich, Deutschland, Italien und Tschechien.

Autobauer bekennen sich zum Klimaschutz

In einem Leserbrief an die „Financial Times“ haben dreizehn chiefs führender Autokonzerne ihre Unterstützung der Ziele der Klimakonferenz in Bali betont. Die Regierungen aller Staaten sollten „gründliche und ganzheitliche Maßnahmen“ zur Fortsetzung des Kyoto-Abkommens über den Klimaschutz beschließen, erklärten die Autobauer – unter ihnen Dieter Zetsche von Daimler, Wendelin Wiedeking von Porsche, Martin Winterkorn von Volkswagen, Carlos Ghosn von Renault, Lewis Booth von Ford und Leif Johansson von Volvo. „Wir sind stolz auf unsere Errungenschaften bei der Reduzierung der Treibhausgase, die unsere Autos erzeugen, und wir sind bereit, darauf aufzubauen und nach noch besseren Produkten zu streben“, heißt es in dem Brief. Die Politik sollte mit umfangreichen Klimaschutzmaßnahmen auch die Verbraucher ermuntern, sich für umweltfreundliche Technologien zu entscheiden.

Fehlende Transparenz bei Stromrechnungen

Wirtschaftsprüfer haben bei Österreichs Elektrizitätsunternehmen Mängel bei der Rechnungslegung und Kundeninformation festgestellt. Es gebe „Defizite bezüglich der Transparenz sowie der durchgängigen Einhaltung gesetzlicher Vorschriften“, geht aus dem aktuellen Ernst & Young-Bericht im Auftrag des Verbandes der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ) hervor. Nach Angaben der Prüfer entspricht der

AMIS-Opfer lebt von 340 Euro im Monat

Verzweifelte Anleger nahmen sogar Kredite auf und kämpfen jetzt um Existenz

WIEN (SN-pek). 16.703 Anleger wurden Opfer des kriminellen AMIS-Systems. Zum Teil haben Menschen blind vertraut und alles verloren. Der Wiener Rechtsanwalt Andreas Köb vertritt zahlreiche Geschädigte, die jetzt ums nackte Überleben kämpfen. Einer 46-jährige Wienerin aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde nach dem Tod ihres Manns 1996 eine Lebensversicherung in der Höhe von umgerechnet 31.250 Euro ausbezahlt.

Die vierfache Mutter bezahlte damit Schulden, den Rest in Höhe von 21.800 Euro investierte sie im November 2000 in einen so genannten „Global Power Plan“. „Mir wurde versprochen, dass ich nach zehn

Jahren eine Million Schilling bekomme. Ich habe das Geld für die Ausbildung meines Sohnes eingezahlt“, erzählt das AMIS-Opfer. Auf einem Fragebogen wurde noch ausdrücklich ihre Risikobereitschaft mit „sehr gering“ festgehalten.

„Jetzt habe ich alles verloren. Ich bin mit den Nerven am Ende, habe nichts mehr zum Leben. Zwei Mal wurde mir der Strom abgeschaltet. Ich weiß nicht, wie ich die vielen Erlagscheine zahlen soll“, sagt die verzweifelte Frau mit gebrochener Stimme. Die Wienerin war wegen ihres psychischen Zustands bereits mehrmals in Spitalsbehandlung. Ein schulpflichtiger Sohn (14) und eine Tochter (19) wohnen noch in

ihrer Wohnung. Sie muss mit 340 Euro Witwenpension das Auslangen finden.

Eine 56-jährige Krankenschwester von den Philippinen nahm einen Kredit über 72.672 Euro auf und zahlte den Betrag in einen Generationsplan ein. AMIS-Keiler hatten ihr versprochen, sie erhalte vierteljährlich einen Betrag ausbezahlt, mit dem sie den Kredit tilgen könne. Nach 15 Jahren Laufzeit würden ihr zudem 14.500 Euro als Gewinn ausbezahlt. „Jetzt hat sie 48.000 Euro Schulden bei der Bank“, sagt Anwalt Köb. Zudem habe sie ab 2001 monatlich 1000 Euro ihres Gehalts in einem AMIS-Pensionsplan angespart. Auch dieses Geld ist verloren.

PROZESSPLITTER

„Ich habe die ganze Familie ins Unglück gestürzt.“ Dietmar Böhmers späte Reue, nachdem auch sein Vater, seine Mutter und sein Bruder durch AMIS-Veranlagungen Geld verloren haben.

„Die Aufsicht in Österreich hat völlig versagt.“ Christian Wagner, Vorstand des Anlegerschutzvereins deutscher Makler für AMIS-Kunden, ortet vollkommenes Versagen der Kontrolle.

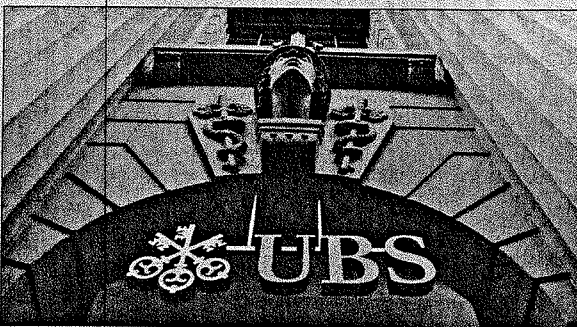
„Sie haben Organigramme konstruiert, auf denen sich niemand mehr ausgekannt hat. Das nannte man AMIS-Qualitätssicherung.“ Richterin Daniela Setz-Hummel machte sich über AMIS-Vorstand Dietmar Böhmer lustig.

UBS schreibt zehn Milliarden Dollar ab

US-Hypothekenkrise reißt Bank in Verlustzone – Staatsfonds aus Singapur steigt mit neun Prozent ein

ZÜRICH, NEW YORK (SN). Die Serie schlechter Nachrichten aus der internationalen Bankenszene reißt nicht ab. Am Montag wurde bekannt, dass die Schweizer Großbank UBS zehn Mrd. US-Dollar (6,8 Mrd. Euro) wegen fauler US-Hypothekenkredite abschreiben muss. Bereits Anfang Oktober hatte das im US-Hypothekenmarkt besonders stark engagierte Schweizer Kreditinstitut mitgeteilt, Wertberichtigungen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro vornehmen zu müssen.

Probleme mit der Kapitalausstattung bekommt UBS nicht. Der staatliche Investmentfonds von Singapur (GIC) führt der Bank frisches Kapital in Höhe von elf Mrd. Franken zu. Mit einem Anteil von neun Prozent wird GIC der größte Einzelaktionär der UBS. Weitere zwei Mrd. Franken kommen von einem



Schweizer Banken, der Inbegriff finanzieller Solidität, geraten ins Wanken. Bild: SWAPA

Die Bank ist damit laut Eidgenössischer Bankenkommision wieder gut kapitalisiert, allerdings wackelt das Jahresergebnis: Nach einem negativen dritten Quartal müsse man

Bankgesellschaft und des Schweizerischen Bankvereins hervorging, erstmals in seiner Geschichte in die roten Zahlen rutschen. 2006 hatte UBS noch 12,2 Mrd. Franken (7,4

ner, der erst an die Konzernspitze gerückt war, will das Risikomanagement verstärken und die Sparte Investmentbanking verkleinern. Bis zum Jahresende sollen dort 1500 Stellen gestrichen werden. In der Schweiz bangt man nun bereits um das Image des Finanzplatzes. Dieser trägt immerhin fast zwölf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Experten rechnen damit, dass mit den schlechten Nachrichten noch nicht Schluss ist. Da die Zwischenberichte der Banken nicht von Wirtschaftsprüfern testiert sein müssen, könnte sich das wahre Ausmaß erst zeigen, wenn nach dem Jahreswechsel geprüfte Bilanzen vorgelegt werden müssen. Dann könnte es zu weiteren Abschreibungen in Milliardenhöhe bei den Banken kommen. Die hohen Abschreibungen werden auch damit erklärt, dass